

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Anzeigennummer 25 Pfg. — Postabnahme Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 134

Freitag, den 11. Juni 1920

11. Jahrgang

Regierungskrisen überall.

Um Scheidewege.

Aus dem Reiche wird uns geschrieben: Als nach den englischen Stageswahlen vom Dezember 1918 eine Nachwahl nach der andern der Regierung die schwerste Niederlage brachte, schrieb der liberale „Manchester Guardian“: „Nichts könnte selbstverständlicher sein als solche Ergebnisse, denn nach all den großen Kriegen hätten die im Amte befindlichen Regierungen infolge der allgemeinen Unzufriedenheit schwere Wahlniederlagen erlitten.“

Wenn ein englisches liberales Blatt aus den Erfahrungen eines dreihundertjährigen parlamentarischen Lebens diese Lehre zog und ihre Richtigkeit sich selbst nach dem größten aller Siege bewährte, den jemals eine Regierung errungen hat, wenn das im Weltkrieg über seine Gegner und seine Verbündeten militärisch und diplomatisch siegreich gebliebene England von gärender Unzufriedenheit erfüllt ist und bei jeder Gelegenheit sein Mitleid an seiner Regierung kühlt — wen kann es dann wundern, daß diejenigen deutschen Parteien, die nach der schweren Niederlage ihres Landes die bis zur Unmöglichkeit schwere Aufgabe des Regierens übernahmen, am 6. Juni von den Wählern ein schlechtes Zeugnis bekommen haben, ein viel schlechteres jedenfalls, als sie es verdienen.

Als die Sozialdemokratische Partei in die Regierungs-Koalition eintrat, war sie sich dessen bewußt, daß das keine Politik war, mit der man Anhänger gewinnen könne. Sie mußte ganz genau, daß sie ihr politisches Kapital und ihren politischen Kredit in ein bankrott Geschäft hineinsteckte und daß sie, um dem Volk einen notwendigen Dienst zu leisten, halben Selbstmord beging. Ein Tor müßte der sein, der glaubte, eine Partei könne dadurch, daß sie in solcher Zeit die Regierung übernehme, ihre Beliebtheit vermehren! Da war ein unerhört grausamer Friedensvertrag zu unterzeichnen. Da waren drückende Steuern zu beschließen, Notbeleichte im Lande. Der Wucher warf sich wie eine Hyäne auf die Bevölkerung und es fehlte die Möglichkeit, seinem Wüten Einhalt zu gebieten. Wochten auch die Verständigen begreifen, daß die Regierung die aller schwerste Erbschaft übernommen hatte, daß sie für die Unerträglichkeit der Lage nicht verantwortlich war und alles mögliche tat, sie zu lindern — es wäre eine Illusion anzunehmen, daß ein großes, aber politisch wenig erfahrenes Volk aus lauter politischer Verständigen besteht. Dieser Illusion hat sich die Sozialdemokratie niemals hingegeben. Sie war sich dessen bewußt, daß sie sich zunächst einmal als Partei für das Volksganze opfern mußte und daß sie für ihre Tat — hätte sie auch noch so viel Grund, auf sie stolz zu sein — zunächst alles andere ernten würde als Dank.

Die Wahlen haben denn auch ein starkes Anwachsen der Oppositionsparteien rechts und links von der bisherigen Regierungsmehrheit gebracht. Die Rechtsparteien auf der einen Seite, die Unabhängigen auf der andern haben aus der Bequemlichkeit, in solcher Zeit sich auf bloße Kritik beschränken zu können, reichen Nutzen gezogen. Aber das ist das schlimmste nicht, das schlimmste ist, daß sie nun mit diesem Nutzen gar nichts Rechtes anfangen können. Sie haben die Mehrheit, auf der die bisherige Regierungspolitik beruhte, so sehr geschwächt, daß sie aufgehört hat, einen tragfähigen Boden für eine neue Regierungskombination abzugeben. Aber sie haben an Stelle der alten keine neue Mehrheit geschaffen.

Nach der Verfassung der deutschen Republik ist keine Regierung möglich, die sich nicht auf das Vertrauen der Parlamentsmehrheit stützt. Wie eine solche Regierung nach diesen Reichstagswahlen gebildet werden soll, wird auf alle Fälle ein schwer zu lösendes Rätsel sein. Die Sozialdemokratie lehnt den Eintritt in eine nach rechts hinüber gestreckte Koalition, in der naturgemäß die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei die Führung hätte, mit Entschiedenheit ab. Die beiden sozialistischen Parteien werden aber zusammen auch nach den Wahlen immer noch so stark sein, daß ein Regieren gegen sie unmöglich sein wird, um so mehr dann, wenn auch die übrigen verbliebenen Demokraten, wie sie ankündigen, einer Rechtskoalition fernbleiben sollten. Es bliebe sodann nur noch eine Linkskoalition übrig, die auch die Unabhängigen und zum mindesten den linken Flügel des Zentrums umfassen müßte.

Die Sozialdemokratische Partei wird bereit sein, jeden Weg zu gehen, der aus dem Wahrrath herausführt — nur freilich nicht den Weg zu Stresemann. Eine so verkümmerte, dem Wesen der Partei vollständig widersprechende Bildung könnte keinen Bestand haben und böte der auch keine wirkliche Lösung. Da sollen denn lieber die bürgerlichen Parteien zeigen, ob sie imstande sind, eine Regierung zu bilden, die den Wünschen der Arbeiterschaft so weit entgegenkommt, daß sich die sozialistischen Parteien ihr gegenüber wenigstens abwartend verhalten könnten. Ungefähr dasselbe gilt auch für den Fall, daß die Wiederherstellung der alten Koalition zahlenmäßig gerade noch möglich wäre. Dann müßte eine Garantie dafür geschaffen werden, daß diese neue Koalitionsregierung unter gewissen Bedingungen eine wohlwollende Neutralität der Unabhängigen zu erwarten hat. Sonst wäre sie von vornherein unmöglich.

Bei der Stellung der Unabhängigen ist aber an die Aufgabe einer solchen Neutralitätsklärung nicht zu denken. Deutschland muß ein demokratisch-republikanisches Ministerium bekommen, wenn es leben will. Dies ist nur möglich, wenn die Unabhängigen nicht nur zu wohlwollender Neutralität sich verpflichten, sondern wenn sie in die Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums eintreten, wenn sie sich aktiv an der Regierung beteiligen. Folglich lastet auf den Unabhängigen die ganze Verantwortung für das Geschick Deutschlands. Werfen sie den Diktaturballast über Bord, kehren sie zur Demokratie zurück, beteiligen sie sich an der Regierung, gehen sie den Weg, den die Sozialdemokratie im Februar des Vorjahres gegangen ist, dann ist der Reichstag lebensfähig, dann ist die deutsche Republik und ihr armes geschundenes Volk zu retten.

Weichen die Unabhängigen vor der Verantwortung und der Last der Regierung zurück, verharren sie bei ihrer doktrinären Oppositionsstellung und bei ihren verfeinerten Illusionen, dann kann der Reichstag keine dauerhafte Regierung zustande bringen, die im Ausland, von dem wir abhängen, Geltung hat. Dann erweist er sich als nicht lebensfähig und muß wohl oder übel alsbald wieder heimgeschickt werden, um dem Volke Gelegenheit zu geben, ein anderes Parlament zusammenzustellen, das wirklich regieren kann.

Die Unabhängigen stehen also am Scheidewege. Sie Demokratie und Rettung des Volkes; dort Diktatur und Untergang des Volkes, wenn auch vorübergehender Bestand der Partei. Den Unabhängigen geht es jetzt genau so, wie der Sozialdemokratie zu Anfang des Vorjahres. Bleiben sie ihrem „Prinzip“ treu, so können sie sich als Partei eine Zeitlang halten, gehen aber das Volk dem Verderben preis. Damit aber auch die Arbeiter, ihre eigenen Wähler, und von diesen werden sie dafür bald die Quittung erhalten. Geben sie ihre „Grundfäße“ auf, werden sie wieder Demokraten, so müssen sie alle Wahloversprechungen brechen und alle Verleumdungen, alle Behauptungen zurücknehmen, die sie gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer „verderblichen“ „Koalitions-politik“ geschleudert haben.

Entweder — oder. Ein Drittes gibt es nicht. Die Unabhängigen stehen am Scheidewege. Ihr Wahlscheitern verklingt. Die Vergeltung für die freventliche Spaltung der Sozialdemokratie ist auf dem Marsch. Und zwar im Geschwindschritt. —

Noch keine Klärung in Berlin.

In der Frage der Neubildung der Reichsregierung ist noch keine Entscheidung gefallen. Von bürgerlicher Seite wird immer wieder der Versuch gemacht, die Sozialdemokraten zu einer Koalition mit den Bürgerlichen zu bewegen. Der Parteivorstand der bürgerlichen Sozialdemokratie hat sich gegen ein Zusammengehen mit der schwerindustriellen Volkspartei ausgesprochen. Es wurde beschlossen, dem Parteivorstand in Berlin und der Reichstagsfraktion die Auffassung der bürgerlichen Sozialdemokratie dahin zu präzisieren:

1. Für eine Weiterführung der bisherigen Koalitions-politik besteht nach dem Ausfalle der Wahlen eine tragfähige Mehrheit nicht mehr.

2. Eine Verbreiterung der Koalitionsbasis nach rechts mit Einschluß der Deutschen Volkspartei kommt für die Sozialdemokratie nicht in Frage.

3. Zu erstreben ist die Bildung einer Koalitionsregierung auf den bisherigen Regierungsparteien mit Einbeziehung der Unabhängigen.

4. Weigern sich die Unabhängigen, an einer Regierungsbildung teilzunehmen, so ist eine Beteiligung an der neuen Regierung für die Sozialdemokratie ausgeschlossen.

Die Unabhängigen haben eine Anzahl Bedingungen aufgestellt, nach deren Annahme durch die Koalitionsparteien sie eine Regierung der Unten unterstützen würden. Der „Vorwärts“ fragt, ob die von den Unabhängigen neuerdings aufgestellten Bedingungen die Regierungsbildung erleichtern würden. Der Standpunkt, den die Unabhängigen jetzt einnehmen, sei viel vernünftiger als der ursprüngliche, denn damit werde die Verantwortung für das Scheitern einer Linkskoalition den bürgerlichen Mittelparteien zugeschoben. Die sozialdemokratische Fraktion werde die Bedingungen annehmen. Beide sozialistischen Parteien würden dann diese Bedingungen als gemeinsames Programm den bürgerlichen Mittelparteien unterbreiten. Lehnten diese ab, so sei es an ihnen, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu bilden.

Regierungskrisen in Sachsen und Braunschweig.

Die beiden sächsischen Regierungsparteien, die Sozialdemokraten und die Demokraten, veröffentlichten eine Erklärung, nach der die sächsischen Regierungsparteien gewillt sind, die Folgerungen aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen zu ziehen. Man wird deshalb die Regierungsbildung im Reiche abzuwarten haben. Die jetzige Kammermehrheit ist der Meinung, daß die Wahl zum Landtage ungeeignet vorzunehmen ist, sobald die dringenden Vorlagen, die im Interesse des Landes liegen, erledigt sind.

handelt es sich um die Fertigstellung der Verfassung, die neue Wahlgesetzvorlage und das Landessteuergesetz.

In der gestrigen Sitzung der Braunschweigischen Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, wurde ein Antrag der Rechtsparteien, die Wahl einer neuen Landesregierung so lange auszusetzen, bis die Frage der Bildung der neuen Reichsregierung geklärt sei, abgelehnt. Die Abstimmung über einen Antrag der Unabhängigen, die Regierung aus drei Unabhängigen und zwei Mehrheitssozialisten zu bilden, ergab die Beschlussfähigkeit des Hauses. Es fehlte der größte Teil der Fraktion des Landeswahlverbandes. Darauf wurde die Wahl der Regierung auf heute vertagt.

Der bürgerliche Landesverband hat also Obstruktion geübt, weil die beiden sozialistischen Fraktionen eine Regierung auf Grund der parlamentarischen Mehrheit bilden wollten.

Die Ursache der polnischen Kabinettskrise.

Ueber die Ursache des Rücktrittes der polnischen Regierung meldet der „Par“ aus Warschau:

Der Minister des Außeren, Bartel, ist plötzlich nach Paris abgereist, ohne dem Unterstaatssekretär Jan Dombrowski amtlich mitzuteilen, daß er die amtliche Vertretung dem zweiten Unterstaatssekretär Dombrowski übergeben hat. Vizeminister Dombrowski hat dieses als Grund für einen sofortigen Demissionsantrag angesehen, den er dem Ministerpräsidenten überreicht hat. Diese Handlung des Vizeministers Dombrowski, Mitglied der Polnischen Volkspartei, hat einen radikalen Einfluß auf seine Parteimitglieder gehabt. In dieser Partei wurde im Zusammenhange mit dem Obenerwähnten eine Resolution gefaßt, alle Vertrauensmänner ihrer Partei aus dem Kabinette zurückzuziehen. Die Minister Bartel und Kobjor haben gleichzeitig, dem Beschluß ihrer Partei gemäß, um sofortige Entlassung beim Ministerpräsidenten gebeten.

Man kann der polnischen Ministerkrise hiernach eine gewisse Originalität nicht versagen. Während, wie es vorgestern geschehen ist, drei maßgebende Kabinettsmitglieder, nämlich der Vizeminister des Auswärtigen Dabski, der Landwirtschaftsminister Bartel und Arbeitsminister Kobjor, ihre Demission einreichten, reiste der Minister des Außeren, Bartel, nach Paris. Zur selben Zeit reiste der Finanzminister Grabski nach London. Man versteht nicht, wie die beiden wichtigsten Minister amtlich mit der Entente zu verhandeln gedanken, wenn, wie es nun heute geschehen, das gesamte Kabinett nicht mehr im Amte ist.

Verstärkte Reaktion in Ungarn.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Der Reichsverweiser gab bereits vor fünf Tagen den Mitgliedern der Regierung den Wunsch kund, die Regierung möge die im Interesse der Sicherung der inneren Ordnung notwendigen energichsten Verfügungen treffen. Hierauf erschien eine Kundmachung des Ministerpräsidenten über das Ständerecht und die Proklamation des Reichsverteidigungsministers über die im Pester Komitat getroffenen außerordentlichen Maßnahmen. Nachdem auch die Nationalversammlung in ihrer Sitzung am 8. d. Mts. energische Verfügungen im Interesse der inneren Festigkeit gefordert hatte, bietet der übereinstimmende Wille der Faktoren der Gesetzgebung hinsichtlich der Sicherung der Ordnung im Lande die Bürgschaft, daß die in jüngster Zeit vorgekommenen Ordnungswidrigkeiten binnen kurzem tatsächlich abgeklärt seien.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine Mitteilung aus Rotterdam, daß in belgischen Kreisen verlautet, Erzherzog Karl habe sich an die Ententeeregierungen mit der Bitte gewandt, eine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten. Der Erzherzog behauptet, daß er in der Schweiz wegen Mangels an Geldmitteln nicht bleiben könne, während er in Ungarn als Privatmann aus seinen Gütern leben könne.

Wahrscheinlich hält der Habsburger seine Zeit in Ungarn für gekommen. Dem ungarischen Königreich fehlt auch nur noch der König.

Englische Arbeiter über Sowjetrußland.

Der Vorsitzende der aus Rußland nach London zurückgekehrten Delegation der englischen Arbeiterpartei erklärte es als allgemeinen Eindruck der Delegation, daß der Grundlag einer Räteregeierung für ein demokratisches Land wie England nichts taue. Die Bolschewisten berücksichtigen die menschliche Natur nicht, und der Kommunismus könne erst in einigen Generationen verwirklicht werden. Die Bevölkerung des platten Landes stehe dem Bolschewismus unfreundlich, eher gleichgültig gegenüber, dagegen sei die große Mehrheit der Bevölkerung von Petersburg, wo am meisten geschont wurde, ungünstig auf seinen der Bolschewisten.

Unabhängiger Steuerwindel.

Eine der häufigsten Vorwürfe der Unabhängigen gegen die Sozialdemokratie im Volkstagswahlkampf ging dahin, daß sie bei der Sozialgesetzgebung in der Nationalversammlung die Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der Kapitalisten vernachlässigt habe. Auch während des Reichstagswahlkampfes in Preußen erhoben die Unabhängigen gegen unsere Partei denselben Vorwurf. Auf diese unabhängige Demagogie antwortet unser Münchener Parteiorgan in folgenden trefflichen Ausführungen:

Die Sozialdemokraten haben im Kampfe gegen eine gerechte Steuerpolitik einen neuen Freund gefunden. In einem Aufsätze über die Steuern legt die unabhängige Presse jetzt den Wählern und Wählerinnen vor, daß sozialdemokratische Vertreter es gewesen seien die durch ihre Zustimmung eine Steuererhöhung bewirkten, die durch ihre Zustimmung eine Steuererhöhung bewirkten. Durch den schamlossten Abgang von Wahrheit und Gerechtigkeit wird die Wahrheit geschaffen, die nicht der Unternehmer, sondern nur den Arbeiter, Angestellten und Beamten trifft.

Und diesem Wahlwindel (spekulieren die Unabhängigen auf die Stimmen) jeder Wahl mit fünf gelunden Stimmen mehr, die man in Preußen nach einem verlorenen Kriege gegen Sozialdemokraten aufzubringen haben, denn dazu zwingt uns der Verstand. Denn die Unabhängigen, die durch ihre Zustimmung eine Steuererhöhung bewirkten, sind nicht die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern nur den Arbeiter, Angestellten und Beamten trifft.

Die unabhängige Presse verschweigt aber, daß die sozialdemokratische Fraktion eine ganze Reihe von Maßnahmen durchgesetzt hat, die die Kapitalisten daran hindert, Steuern übermäßig vorzunehmen. So verlangt ein Antrag Luer und Gessels die Aufhebung der von Deutschland beschlossenen Kapitalsteuer. Ein weiteres von den Sozialdemokraten beschlossenes Gesetz umgibt die Kapitalisten, alle ihre Werte in Banken und Sparkassen zu hinterlegen und dadurch zur Kenntnis der Steuerbehörden zu bringen. Ferner wurde das Bankgeheimnis teilweise aufgehoben, als die Banken verpflichtet sind, den Steuerbehörden alle Zustände zu geben, die diese von ihnen verlangen. Unter den weiteren Maßnahmen, die die sozialdemokratische Fraktion gegen die Steuerdrückberger der Kapitalisten durchgesetzt hat, nennen wir nur die Pflicht der Werbung der Wertpapiere, die Festsetzung der Konten und die im Reichsteuergesetz eingehende Bestimmung, wonach sich bei der Festsetzung des Nachlasses ergebende Steuerhinterziehungen bis zum ewigwährenden Betrage als Strafe an den Steuern herangezogen werden können.

Die Höhe bei der Steuerbekanntmachung in der Nationalversammlung war aber, als die sozialdemokratische Fraktion beantragte, die Kapitalertragsteuer gleich an der Quelle — bevor die Profite überhaupt verdunstet werden könnten — mit 10 Prozent für das Reich zu erheben, die unabhängigen Vertreter dagegen stimmten. Sie schlugen also die Steuerdrückberger und ermäßigten den unverschämten Kapitalisten ihre Gewinne zu vermindern und so die Steuererträge zu umgeben.

Als der schamlosste Abgang von Wahrheit und Gerechtigkeit bewirkt wurde, wählten sich die Kapitalisten sehr energisch dagegen, weil sie nicht voraussehen, daß die Angestellten und Arbeiter bestraft sein werden, dem schamlossten Steuerabzug durch Lohn- und Gehaltskürzungen weitzumachen. Da erlebte man wieder den für die Arbeiterklasse schändliche Beispiel, daß die unabhängigen Steuererheber brüderlich vereint mit den deutschnationalen Kapitalisten und den sozialdemokratischen Industriellen Herrn Dr. Luer gegen die sozialdemokratischen Anträge kumultierten.

Gerade die Steuerdebatten sind für die unabhängige Partei ein ständiger großer Schaden. So wie in der Steuerpolitik, verhalten auch die Unabhängigen bei vielen anderen Gelegenheiten.

Als die sozialdemokratische Fraktion vergangenes Jahr beantragte, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu erklären, stimmten die Unabhängigen dagegen, weil sie den 7. November haben wollen und gegen den die bürgerlichen Parteien die Mehrheit, so daß die 1. Mai nicht gefeiert werden konnte.

Nach dem Rupp-Tuch-Schwarze die Unabhängigen nicht laut genug die Regierung müsse die Hochverräter am Krage gefassen. Was geschah aber, als die Regierung das tun wollte? Die Unwissenheit in der Nationalversammlung die Unabhängigen gegen die Strafvollziehung Dr. Traub und Dr. Rupperts und in der Preussischen Landesversammlung gegen die Aufhebung des Hochverrats v. Bodel.

Nicht nur wir werden die Genossen die Leute von den Unabhängigen haben. Von Unabhängigen Partei vor. So wenig wir mit den Kommunisten übereinstimmen, an der arbeitenden Bevölkerung über die Unabhängigen mit ihrer verlogener Politik ein nicht wieder mit in machenden Denker. Hier bei verbotenen Arbeitslosenpartei Knüttel zwischen die Arme zu werfen, gehören sie die Gehälter der Reaktion.

Deutschland.

Der „kommunistische“ Kapital.

In München wurde kürzlich der schwer reich Kommuniste Leber vom Schönbühlerhof auf Grund einer Urteilsverurteilung des Reichsgerichts am 12. März 1919 verurteilt, während der wiederholte Genosse Harpuder zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Ein Dienstler kam die Sache vor die Berufungsinstanz. Genosse Harpuder wurde jetzt wegen formaler Verteidigung zu 50 Mk. Leber wegen höherer Nachrede in seiner Zeitung „Kommunisten“ zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Wichtiges als der Rechtsstreit selbst waren gewisse Tatsachen, die im Laufe der Verhandlung über den Kommunisten Leber bekannt wurden, der in Rombeim eine wahre, ausserordentliche Situation unter der Arbeiterbewegung herrscht. Der Vorsitzende stellte fest, daß Leber in Berlin

im teuersten Hotel, dem „Hotel Bristol“, zu wohnen pflege. Als der Vorsitzende fragte: „Wie ein Arbeiter leben Sie denn doch wohl nicht?“ antwortete der kommunistische Spartakist und Millionär:

„Ich weis nicht, wie ein Arbeiter lebt.“

Und der Mann geht in die Arbeiterversammlungen und reizt die Leute auf. Festgestellt wurde, daß der „Kommunist“ zu Anfang des Krieges sich als Kriegsfreiwilliger gemeldet hat und nur nicht angenommen wurde, weil er staatenlos war, ihm also die Reichsangehörigkeit fehlte. Leber wurde nun nicht Soldat, sondern betätigte sich ganz wie jetzt kapitalistisch in seiner Firma, der Millionenfirma Goldbach und Leber. Es kam zur Sprache, daß die Firma des Kommunisten im Juli 1915 sogar 100 Arbeiterinnen kündigunglos auf die Straße setzte. Leber erwähnte hierzu, daß er nicht behauptet habe, kein Betrieb sei ein sozialer Mutterunternehmen. Daraus handelte ihn sein Sojus Goldbach. Goldbach sei Kapitalist und habe das Geschäft kapitalistisch geführt. Im Juni 1919 habe er (Leber) den Betrieb „sozialisiert“ wollen, aber da sei der große Preissturz gekommen, und er habe den Arbeitern nicht zuzutrauen können, das Lager zu diesem Minderwert zu übernehmen. Auf den Einwand des Vorsitzenden, daß er doch immer bei der Firma sei und dabei radikale Ideen fördere, entgegnete Leber, daß er nicht Kapitalist aus Neigung, sondern aus Notwendigkeit sei. Er der Tausend! Kapitalist zu sein und bei „Bristol“ zu wohnen, ist unweiliges sehr angenehm. Aber „sozialisiert“ ist es nicht. Ein Kapitalist hat doch das Recht, sein Vermögen zu verwalten. Der Vorsitzende machte den Millionen-Millionär, der anderer Evidenzhaft anstehet, darauf aufmerksam, daß der einarmige Jung, der Angestellter bei ihm gewesen und in Lohnunterschieden mit ihm geraten sei, mit seiner roten Rüge bei dem Putsch vom Februar sowohl als Juni führend gewirkt habe und nun wegen dieser Dinge zweimal zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Die rote Rüge ist Eigentum des Herrn Leber, wie Leber dem Vorsitzenden zugab. Der Vorsitzende erklärte, es mache dem Gericht keine Freude, Leute zu verurteilen, die durch „faule verstandene“ Ausführungen solcher Redner, wie Leber, ins Unglück gebracht wurden. Leber hält Reden, Arbeiter handeln, wie Leber schwätzt. Jung sitzt im Kerker. Der Kommunist Leber spielt in vornehmsten Restaurants. Und wenn der Spartakist Leber daran denkt, schämt ihm nicht des Gewinns. Denn er weis ja nicht, wie ein Arbeiter lebt!

Ein Pfarrer über den Sozialismus.

In Kassel hielt Oberbürgermeister Reinert, der sozialdemokratische Präsident der Preussischen Landesversammlung in der Stadthalle vor den Reichstagswählern eine Rede. In der Diskussion meldete sich auch Pfarrer Rueg zum Wort, der folgendes ausführte:

„Obwohl nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei, sei er doch mit ganzem Herzen bei der Sache der Arbeiter. Er lebe den Kampf der Arbeiterklasse an als den Versuch, Macht und Einfluss zu gewinnen, um ihren Idealen, den Idealen des Sozialismus, Eingang in deutschen Volk zu verschaffen. Der Sozialismus will der ganzen Menschheit helfen werden. Als Pfarrer verstehe er, daß sich die Arbeiterklasse aus der jetzigen Gesellschaftsordnung herausheben nach besseren Zuständen. Als Christ erkenne er an, daß es notwendig sei, das ganze Volk auf eine neue, höhere und edlere Grundlage zu stellen. Das sei das Ziel des Sozialismus, und er könne sagen, daß nicht nur die Pfarrer, die bereits Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, sondern auch, speziell hier in Kassel, viele andere dem Streben der Arbeiterklasse volles Verständnis entgegenbringen und den Sieg des Sozialismus von ganzem Herzen herbeisehnen.“

Ein unerhörtes Urteil.

Die handrechtliche Erziehung eines vermeintlichen Spartakisten wurde am vorigen Montag vor dem Gericht der Reichswehrbrigade 3 in Potsdam verhandelt. Die Angeklagte machte dem 24-jährigen Leutnant und Adjutanten Hermann Baum die vorläufige Forderung eines Menschen zum Vorwurf. Wie in der Anklageschrift hervorgehoben wurde, ließ der Leutnant am 12. März 1919 während der Lichterberger Unruhen den 40-jährigen Zigarrenhändler Johann Müller aus Berlin, Remeler Straße 19, erschießen, ohne denselben mit der Waffe in der Hand angetroffen zu haben. Die Anklage lautete, daß der Leutnant den Befehl, das Wirtshaus Müller zu überfallen, in der Nacht zum 12. März traten zwei Baum unbekannt gebliebene Männer an den Leutnant heran und sagten: „Herr Leutnant, der Müller ist ein Spartakist, wenn Sie den kriegen, dann erschießen Sie ihn.“ Der Angeklagte ließ am andern Morgen sein Haus unversichert und trat in die Wohnung des Zigarrenhändlers, der gerade beim Rauchen war. Die Hausdurchsuchung förderte mehrere Straßenschilder und republikanische Bücher zutage. Waffen wurden nicht gefunden. Der Leutnant rief dem Müller zu: „Sie agitierten für die Unabhängigen. Sie haben auf uns geschossen (sic) nehmen Sie Abschied von Ihrer Familie, in zehn Minuten werden Sie erschossen.“

Zurückgeführt wurde Müller nach zehn Minuten auf den Hof geführt, der Angeklagte kommandierte Feuer und sechs Soldaten schossen auf den Zigarrenhändler. Man ließ ihn liegen, und nach einiger Zeit bemerkte ein Sanitäter, daß Müller noch lebe, und er gab auf den schon Bemühlosen den Gnadenstoß ab. Die Verhandlung wurde seinerzeit wegen Forderung mehrerer Jungen vertagt. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Orland, beantragte die Freisprechung. Das Gericht sagte diesem Antrage und sprach den Angeklagten frei.

Dieses Urteil wird jedem Rechtsintelligenzen unverständlich sein. Der Erich Kästner sprach von Sätzen, die mit der Waffe in der Hand kämpfend angetroffen werden. Wie es eine „Belohnung“ die's Erlasses sein soll, wenn jemand erschossen wird, der nicht einmal eine Waffe besaß, sei es denn, daß er kämpfend angetroffen wurde, das wird wohl ewig Geheimnis der Militärtribüne bleiben. Die durch nichts gerechtfertigte Ermordung eines Menschenlebens wird hier durch ein Kriegsgericht bestätigt. Dieses Urteil ist ein neuer Beweis dafür, daß die Abschaffung der Kriegsgerichte im Interesse deutscher Kultur und deutscher Lebens dringend notwendig ist, die von den Kommunisten und Deutschen Volksparteilern in letzter Stunde durch Obstruktion verhindert wurde.

Die Früchte der linksradikalen Taktik in Neuch

Es wird erst jetzt bekannt, daß während des Rapp-Tuches die Gemeindevorwahlen in Neuch stattfanden. Damals

erhielten in Neuch an Zeitungen nur das „Mittlungsblatt“ des unabhängigen Aktionsausschusses. Fünf Tage lang gab es keine anderen Zeitungen, und die Unabhängigen breiteten über die Gemeindevorwahlen den Mantel der Nächstenliebe. Sie sind in fast allen Gemeinden unterlegen. In Oera, wo 20 Vororte eingemeindet worden sind, erhielten die Unabhängigen 18 800 Stimmen gegen 19 800 bürgerliche Stimmen. Sie haben gegen die vorigen Gemeindevorwahlen 6000 Stimmen verloren, und die Sozialdemokraten 4000. Im Bezirk Greiz betrug der unabhängige Stimmenverlust 50 Prozent und in der Stadt Greiz erhielten sie kaum 1/4 der Stimmen.

Der Staat Neuch war bekanntlich stets eine Hochburg der Sozialdemokratie. Die verlorenen Stimmen sind aber nicht etwa den Kommunisten zugute gekommen, sondern fast ausschließlich den Bürgerlichen.

Wilhelm II. und Ludwig III.

„Auf mich hört er ja doch nicht!“

Im Beteiligungsprozeß des Genossen Auer gegen den Redakteur des Augsburger unabhängigen „Vollstimmens“, Thomas, erklärte der als Junge vernommene frühere Oberbürgermeister von München, Vorsicht, Auer sei stets für den Verständigungsfrieden eingetreten. Er habe bei einer Audienz beim damaligen König Ludwig im August 1918 seinen Standpunkt mit größter Offenheit vertreten. Auer bemerkte dazu ergänzend, er habe dem König nahegelegt, ins Große Hauptquartier zu fahren. Der König erklärte jedoch, das habe keinen Zweck: „Auf mich hört er (der Kaiser) doch nicht.“

Ausland.

Wiedereinführung der Todesstrafe in Rußland.

Ende Januar wurde durch ein Dekret der Sowjetregierung die Anwendung der Todesstrafe eingeschränkt. Diese Maßnahme wurde damals, im Augenblick des Sieges über Denikin, damit begründet, daß die Gegenrevolution unschädlich gemacht worden sei und die Sowjetregierung daher auf die Anwendung der Todesstrafe verzichten könne. Die Abschaffung der Todesstrafe, die in Wirklichkeit übrigens namentlich in den Gebieten, wo der Bürgerkrieg fortgeführt wurde, doch weiter angewendet wurde, sollte nur von kurzer Dauer sein. Durch ein neues Dekret wurde jedoch den revolutionären militärischen Tribunalen in den Gouvernements, wo der Kriegszustand proklamiert worden ist, das Recht gewährt, wiederum Todesurteile zu fällen. Von den Verurteilten kann beim örtlichen Gouvernementssovet Berufung gegen das Todesurteil eingelegt werden, die binnen 24 Stunden geprüft werden muß. In den Fällen, in denen über die Natur des Verbrechens bei den Tribunal- und Sowjetmitgliedern kein Zweifel besteht, kann das Urteil sofort nach der Fällung vollstreckt werden.

Polen.

In Polen verbotene deutsche Zeitungen.

Der Vertrieb nachstehender Zeitungen und ihre Verschickung durch die Post (Streifband und Abonnements) ist verboten: „Vollstimmens Zeitung“, „Tägliche Rundschau“, „Danziger Zeitung“, „Rosenberger Zeitung“, „Berliner Lokalanzeiger“, „Praktischer Wegweiser“, „20. Jahrhundert“, „Gartenlaube“, „Deutscher Volksrat Danzig“, „Rote Fahne“, „Klabberdatsch“, „Neue Westpreussische Mitteilungen“, „Die Woche“ und „Der Tag“ (sämtliche Ausgaben).

Parteinachrichten.

Beitritt zur Sozialdemokratie.

Zur Geheimen Medizinal- und Regierungsrat Dr. Wilhelm Alter, Direktor der Bismarck-Hell- und Pflegeanstalt Hindenburg bei Brauk, hat sein Mandat als Landtagsabgeordneter niedergelegt und seinen Beitritt zur sozialdemokratischen Partei erklärt.

Volkswirtschaftliches.

Der Preissturz im Lebensmittelhandel.

Aus Berlin wird gemeldet: Das geschäftliche Leben Groß-Berlins steht in der Erwartung des bevorstehenden Preissturzes in den lebenswichtigen Artikeln. Die Preisstürze im Getreidehandel des neutralen Auslandes haben bisher noch keine Einwirkung auf die Preisgestaltung im Kleinhandel aus, doch zeigt sich seit acht Tagen eine rapid zunehmende Kaufmüdigkeit der besten Käuferkreise Groß-Berlins. Holländische Zeitungen schreiben am Freitag, daß Schube und Wäsche in riesenhaften Quantitäten aus Newyork nach Europa verbracht wurden. In Berliner Händlerkreisen herrscht Panikstimmung, man spricht mit aller Bestimmtheit, daß ein Preissturz von 100 bis 150 Prozent zu erwarten ist und daß der schon längst erwartete große Warentrach unmittelbar bevorsteht.

Die schlechte Konjunktur beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, sondern auf alle wichtigen Wirtschaftsgelände. Der Londoner Berichterstatter der Weltwirtschafts-Ztg. des offiziellen Organs des Deutsch-Osterr.-Ungar. Wirtschaftsverbandes, Berlin, legt seine Betrachtungen über die internationale Geschäftslage in folgender Weise zusammen: „Schlechte Konjunktur, das ist die Signatur des Geschäftslagens in allen großen Industriestaaten. Geschäftsunlust zeigt sich in aller Welt, überall halten sich die Käufer zurück und warten auf einen Zusammenbruch der Preise nach dem wahren Gegenstand von Preisverhöhungen, die die Epoche von 1914 an in ununterbrochener Folge gebracht hat. Gewiß haben wir die Folgen des Weltkrieges und seine verhängnisvollen Wirkungen auf die Weltproduktion noch lange nicht überwunden und deshalb ist sich die Abschwächung in der ganzen Welt nicht länger mehr die Tyrannie der Warenbesitzer gefallen. Es scheint, als ob der Preissturz zu Ende gegangen sei und der neue Abschnitt beginnt.“

Wie die Pariser Blätter mitteilen, hält der Preissturz auch in Frankreich an. In den Pariser Markthallen sind es die frischen Gemüse, Futter und Rohwolle, die von Tag zu Tag billiger werden. Aus der Gegend von Marseille werden bedeutende Abfälle der Reispreise gemeldet, aus den Rübenplätzen des Nordens ein föhlerbares Sinken der Früchte. Die Detaillisten rechnen damit, daß der Preissturz anhalten wird und fügen aber spekulative Zurückhaltung von Waren durch die Großhändler. Auch aus England wird mehrfach ein Nachlassen der Preise für Fleisch, Schube, Klee, Konserven, Tee und Zucker gemeldet. Vielfach wird von den Verbrauchern in diesen Kreisen nur noch das Allernotwendigste gekauft, um weitere Preisrückgänge abzuwarten.

Um Danzigs Existenz.

Die ersten Verhandlungen über den Staatsvertrag zwischen Danzig und Polen.

Nach dem Versailler "Friedens"verträge muß zwischen Danzig und Polen ein Staatsvertrag zur Regelung der beiderseitigen Beziehungen abgeschlossen werden. Welchen Standpunkt Polen hierbei einnehmen und wie es den Versailler Vertrag ausdeuten würde, das konnte für niemand zweifelhaft sein, der es aus praktischer und nur zu bitterer Erfahrung weiß, wie Polen die in Versailles mit heiligen Eiden festgelegte "Verkehrsfreiheit" durch den Korridor erfüllt. Niemand darf sich also darüber täuschen, daß es bei den Verhandlungen über den Staatsvertrag überhaupt erst um Danzigs Existenz geht. Zweifellos will Polen mit stiller oder offener Unterstützung eines Orientestaates, Frankreich ist ja in dieser Hinsicht nicht unbekannt, die Ansicht durchdrücken, daß Danzig in Versailles zu einem Slavenstaat Polens gemacht worden ist. Dabei spricht der Wortlaut der Versailler Vereinbarungen, im Text jeder Sprache, mit aller Deutlichkeit aus, daß Danzig als selbständiges Staatswesen autonom und souverän ist. Es steht staatsrechtlich also genau so selbständig da, wie irgend ein führender Staat des Völkerbundes. Die Vertreter Polens taten aber in den ersten beiden am 26. und 28. Mai abgehaltenen Sitzungen über den Staatsvertrag gerade so, als ob Danzig ein Stück Galizien sei. Man hatte sich sogar am 28. Mai das Gutachten eines angeblich "deutschen Juristen" mitgebracht, das dies bestätigte. Die dem famosen Juristen wünschen wir nur, daß er persönlich das Schicksal des Dr. Wagner bis ans bitterste Ende durchkosten möchte. Seine "wissenschaftliche Einsicht" dürfte dann keiner Klärung mehr bedürfen. Es geht also, darüber haben die Ausführungen des polnischen Vertreters, Departements-Direktors im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Kasimir Długoski, bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel gelassen, für Danzig um Recht und Existenz. Man kann zugeben, daß Oberbürgermeister Sahn fest und entschieden für Danzigs Unabhängigkeit eingetreten ist. Trotzdem bedauern wir, daß an diesen Verhandlungen nicht auch Vertreter der Arbeiterschaft teilnehmen konnten. Die Verhandlungen wurden schließlich abgebrochen, weil Oberbürgermeister Sahn die Vollmacht des neuen Volkstages für Danzigs Vertreter mündigte. Diesem lobenswerten demokratischen Vorschlag stimmte auch der Oberkommissar des Völkerbundes, Sir Reginald Lower, zu. Deshalb verweigerte man schließlich die weiteren Beratungen. So wird sich das neue Danziger Parlament also schon sehr bald mit dem Staatsverträge beschäftigen. Mögen die Vertreter der Freien Stadt Kraft und Weisheit genug aufbringen, um den Ernst und die ungeheure geschichtliche Tragweite dieser Aufgabe voll zu erfassen. So sollen sie vor allem in der Abwehr jedes unbedingten Anspruches die Fundamente dafür schaffen, daß unser Danzig kein Byzanz, sondern ein modernes Sparta wird!

Beide Verhandlungen wurden von Sir Lower geleitet. Für Danzig waren am 26. Mai Oberbürgermeister Sahn, Oberregierungsrat von Kamcke und Stadtrat Dr. Schwarz anwesend. Am 28. Mai war auch der vom Oberkommissar ernannte vierte Danziger Vertreter, Kommerzienrat Wielez, zugegen. Polen war durch folgende Herren sehr zahlreich vertreten: Departements-Direktor im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Kasimir Długoski, Unterstaatssekretär im Ministerium für das ehemalige preussische Teilgebiet in Polen Dr. Leon Polczanski, Generalleutnant Admiral Borowski, Abteilungschef im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Warschau Dr.

Rundstein. Außerdem: Generalkommissar Dr. Bielski, Sektionschef Dr. St. Slawski.

Nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Protokoll verließen die Verhandlungen des ersten Tages wie folgt:

Sir Reginald Lower leitete die Verhandlungen ein, daß gemäß dem Wunsch der polnischen Regierung mit den Verhandlungen über den Abschluß der Konvention zwischen Danzig und Polen angeschlossen wird.

Die Verhandlungen begannen mit dem wichtigsten Punkte für Danzig, mit dem Hafen. Vor drei Wochen hat Sir Reginald Lower mit der Postschafferskonferenz über den Abschluß der Konvention gerade auch mit Bezug auf die Hafenanlagen gesprochen. Die Schwierigkeit der Bearbeitung dieses Punktes wird anerkannt. Der englische Postschaffer (in Paris) schlägt deshalb vor, um den Vertrag zu erfüllen, wie es der Friedensvertrag vorschreibt, einen Ausschuss zu wählen, der die Hafenanlagen scharf prüft. Dieser gemischte Hafenausschuss soll bestehen aus Vertretern Polens, Danzigs und des Völkerbundes. Seine Tätigkeit soll sich erstrecken auf alle Angelegenheiten des Hafens (Hafenanlagen, Docks, Wasserwege, Bassins sowie der im Hafengebiet liegenden Lagerplätze).

Herr Długoski als Vertreter Polens erklärt, die Idee eines Hafenausschusses nicht annehmen zu können. Die Vertreter Polens haben diesen Vorschlag heute das erste Mal gehört; sie haben von ihrer Regierung nicht das Mandat erhalten, diesen Vorschlag anzunehmen. Sie sind lediglich von ihrer Regierung autorisiert, auf Grund eines Vorschlages der polnischen Regierung in Verhandlungen einzutreten. Der polnische Vertreter verlangt für Polen die Verwaltung und Kontrolle des Hafens.

Oberbürgermeister Sahn weist die Forderung zurück, da Polen nach Auslegung des Friedensvertrages nur der Gebrauch und die freie Benutzung zusteht. Oberbürgermeister Sahn hält alle Artikel über Danzig, einschließlich der Mantelnote, als insgesamt für Danzig annehmbar. Danzig soll ein Welthafen werden, danach bestehen zwei Möglichkeiten dieses durchzuführen.

1. Das Eigentum des Hafens bleibt bei Danzig, und Polen erhält freie Benutzung desselben oder der Hafen wird internationalisiert nach dem Vorschlage des englischen Postschaffers. Artikel 2 und 4 läßt sich nur vereinigen, wenn sie so ausgelegt werden, daß danach Polen verlangen kann, daß der Hafen nach seinen Bedürfnissen ausgebaut wird. Falls eine Einigung sich nicht erzielen ließe, würde der Oberkommissar in erster Instanz, wie es der Friedensvertrag vorseht, entscheiden.

2. Falls Polen die Verwaltung bekommen sollte, würde Danzig kein Welthafen sein, da Polen lediglich einseitig (und er halte das auch für berechtigt) die Interessen Polens vorzuzugeweiht werden würde.

Es entsteht eine längere Debatte hierüber zwischen Sir Reginald Lower, Długoski und Sahn. Nach Schluß der Debatte behält sich Sir Reginald Lower die Ernennung eines vierten Delegaten für die Freie Stadt Danzig vor.

Herr Długoski wird heute — 26. Mai — abend noch ein Projekt des polnischen Entwurfes Oberbürgermeister Sahn überreichen. Die Sachverständigen sollen über den Entwurf gehört werden; dann wird in der nächsten Sitzung der polnische Vorschlag zur Erörterung stehen.

Am 28. Mai wurden die Verhandlungen nach dem amtlichen Protokoll wie folgt fortgeführt:

Oberbürgermeister Sahn leitete die Sitzung ein mit der Mitteilung, daß ihm am Schluß der vorigen Sitzung die Vorlage eines polnischen Entwurfes zugelegt sei, den er auch erhalten habe. Nach

der Durchsicht des Entwurfes müsse er jedoch erklären, daß dieser als Paß zu einer Verhandlung angesehen werden müsse, da man sonst dem Namen "Freie Stadt Danzig" das Wort "Frei" streichen könnte, um dafür "Polnische" zu setzen.

Der Vertreter Polens Długoski erwidert, auf den polnischen Entwurf einzugehen, da man über die Schwierigkeiten die sich im Entwurf zeigen, in diskutieren könne, um sie aus dem Wege zu räumen.

Oberbürgermeister Sahn erklärt wiederum, nur nach den Kriterien des Friedensvertrages verhandeln zu können.

Herr Długoski ist damit einverstanden und beginnt mit Art. 104 des Friedensvertrages, er liest Artikel 104 in französischem Text vor und geht auf die ausdrücklichen Angelegenheiten ein.

Oberbürgermeister Sahn erklärt hierzu, daß Danzig ein selbständiger und souveräner Staat ist. Die deutsche Regierung erhielt bei der Besetzung des Friedensvertrages über die Souveränität Danzigs zur Antwort, daß Danzig autonom sei und nicht ein Bestandteil des polnischen Reiches. Oberbürgermeister Sahn fährt fort, daß Danzig nach der Auslegung des Friedensvertrages sehr wohl eigene konsularische Vertreter haben kann, jedoch kann die polnische Republik beauftragt werden, in einzelnen Fällen die Interessen Danziger Staatsangehöriger wahrzunehmen. Er nähme z. B. selbständige Vertretung in London, Paris, Berlin usw. an und in anderen Ländern eigene Handelsvertreter.

Der Vertreter Polens Długoski erklärt, daß die Interessen Polens und Danzigs in politischer und wirtschaftlicher Beziehung als zusammengehörig "identisch" seien.

Oberbürgermeister Sahn erwidert, daß er nicht die wirtschaftlichen Interessen, sondern die Autonomie und Souveränität Danzigs an die Spitze stelle.

Der Vertreter Polens trägt daraufhin eine Broschüre, die den Kommentar zur Auslegung des Friedensvertrages bildet, von einem deutschen Juristen verfaßt, vor, wonach Danzig als ein Bestandteil des polnischen Reiches anzusehen sei.

Oberbürgermeister Sahn weist die Forderung zurück mit der Begründung, daß derartige fälschlich ausgearbeitete Kommentare nicht für diplomatische Verhandlungen maßgebend sein können. Kommerzienrat Wielez bittet Herrn Długoski als Sprachkennner, den Friedensvertrag nach seinem französischen Text in Ziffer 6 auszuliegen. Er erlaube daraus nur, daß Polen die Pflicht hat, die diplomatischen Vertretungen Danzigs wahrzunehmen, falls Danzig es darum ersucht. Weil es möglich schien, zu einer Einigung zu kommen, stimmte der Vorsitzende zu, daß die Verhandlungen weitergingen.

Herr Długoski schlägt dann vor, mit Ziffer 5 fortzufahren. Er geht auf Ziffer 5 ein, zum Punkt "nicht Benachteiligung" polnischer Staatsangehöriger und der Danziger Staatsangehörigen polnischer Junge.

Oberbürgermeister Sahn sieht in der Auffassung der Ziffer 5 nicht zwei Probleme, sondern nur eins. Er möchte dafür das Wort "Benachteiligungsklausel" anwenden, d. h. daß eine Nation nicht begünstigter sein soll als die andere.

Długoski erwidert, daß es Polen auch die Danziger Staatsbürger polnischer Junge und polnischer Abstammung anzufassen seien. Er schlägt vor, zur Analogie Art. 91 Abs. 4 durchzuführen.

Sir Reginald Lower bittet bei der Durchsicht dieses Abjages, nicht von hinten anzufangen, sondern nach dem Vertrage "Abjag für Abjag".

Der polnische Vertreter fährt jedoch weiter fort und weist auf die preussischen Ausnahmegesetze hin.

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

43)

(Fortsetzung.)

Sie sagte zu sich: Aber es ist ja nicht möglich, weil es gewiß war. Da sehen Sie einmal dahinter, schlüßte der Alte, der nur lachen wollte. Sie sah den Gang hin; sie hatte es getan, ehe der Alte sie dazu aufforderte. Der alte Valentin eilte aus der Vordertür, dem alten Herrn die Freudenpost zu bringen; seltsam und stolz auf sein lang durchgeführtes Werk. Die junge Frau hielt sich fest an dem Türpfosten, als sie den Schritt hörte durch den Schuppen. Aber auch der Türpfosten stand nicht mehr fest, sie selbst nicht mehr auf dem festen Boden; sie schwebte zwischen Himmel und Erde. Und als sie ihn kommen sah, war nichts mehr auf der Welt für sie, als der Mann, um den sie wochenlang mehr als Todesangst gebudet; alles ging um sie im Wirbel, erst die Wände, der Boden, die Decke, dann Bäume, Himmel und grüne Erde; ihr war, als ginge die Welt unter und sie würde erdrückt im Wirbel, hielt sie sich nicht fest an ihm. Sie fühlte, wie sie hinsank, dann nichts mehr.

Abolonus war hingewälzt und hatte sie aufgefunden. Da stand er und hielt das schöne Weib in seinen Armen, das Weib, das er hielt, das ihn liebte. Und sie war bleich und schien tot. Er trug sie nicht in die Stube, er ließ sie nicht herabgleiten auf die Erde, er tat nichts, sie zu beleben. Er stand verwirrt; er wußte nicht, wie ihm geschehen war, er mußte sich bestimmen. Der alte Valentin hatte ihn noch nicht gesprochen, er hatte nur durch den Gassen, der vom Bleichhändler nach Sanft Georg eilte, erfahren. Abolonus war vom Nagelständer am Tor aufgehoben worden. Dann hatte er geahnt, dem Gesichte des Vaters nachzukommen, daß ihn der Vater rufen ließ, hatte ihn herabgeholt; er hat sie nicht denken, warum. Von dem Sturze eines Schieferdeckers in Lambach hatte er gehört, aber er wußte nicht, daß das Gesicht die Ortsnamen verwechselt hatte, und daß jemand glauben könne, ihn habe das Unglück getroffen. So gänzlich unvorbereitet auf das, was ihm der nächste Augenblick bringen sollte, war er durch den Schuppen gekommen. Er wollte soeben zu dem Vater auf dessen Stühlen, da hatte er die junge Frau den Gang herabziehen und mit dem Umfassen kämpfen sehen und was ihr entgegengebrachte. Was nun hielt er sie in den Armen. Die Gestalt, die er, schmerzlich mühsam und doch vergeblich, von sich abzuwehren gesucht, deren bloßes Gesichtsbild all sein Wesen in eine Bewegung brachte, die er als Sünde vorwärts lag in schwellender

aimender, lastender, monnängstiger Wirklichkeit an ihn hingegossen. Ihr Kopf lehnte rückwärts gemüht über seinen linken Arm; er umgibt sie in das Antlitz sehen, das schön, gefährlich schöner war, als seine Träume es malen konnten. Und jetzt überlag ein Rosenkranz das weiße Antlitz bis in die weichen braunen Haare, die in den milden, selbstgeschlungenen Locken über die Schläfe hinabrollten, die tiefen blauen Augen öffneten sich, und er konnte ihrer Gewalt nicht entfliehen. Und nun sah sie ihn an und erkannte ihn. Sie mußte nicht, wie sie herüber und in seine Arme gekommen, sie wußte nicht, daß sie in seinen Armen lag; sie wußte nichts, als daß er lebte. Wie konnte sie noch einen Gedanken denken neben dem! Sie meinte und lachte zugleich, sie umschlang ihn mit beiden Armen, um seiner gewiß zu sein. Und doch fragte sie noch in angstvoll drängender Hast: „Und bist du es denn auch? Bist du es gewiß? Und lebst noch? Und bist nicht gestirbt? Und ich habe dich nicht getötet? Und du bist es? Und ich bin es? Aber er — er kann kommen!“ Sie sah sich wild um. „Er will dich töten. Er wird nicht eher ruhen.“ Sie umfachte ihn, als wollte sie ihn mit ihrem Leibe gegen einen Feind; dann dergoß sie die Angst über die Gemüht, daß er noch lebte, und lachte wieder und meinte zugleich und fragte ihn wieder, ob er auch noch lebe, ob er es auch sei. Aber sie umgibt ihn ja warmen. Sie mußte ihm alles sagen, was jener ihm gelaut, und was er ihm noch zu tun gedroht. Sie mußte es schnell; jeden Augenblick konnte jener kommen. Warnung, sah unbewusstes Liebesgeschick, Wachen, Wachen, Seufzer, Angst, Schmerz um das verlorne Glück, Infolge wie des Sündes beim Vater; das Bedürfnis der Liebe, mit allem, was sie ist, was sie freut, was sie bestimmet, ein Gedanken seines Geistes, ein Gefühl seiner Seele zu sein, das er denkt und fühlt wie seine andere; bräutliche Verzerrung und Vergessen der ganzen Welt über den einen Augenblick, der ihr eigentliches Dasein ist. — Dann alles, was war und werden kann, ist bloß Schatten — was sie erzählt, hat sie geträumt und erlebte, kühl und weich es erst nicht; was gewesen ist und kommen wird, ist gewesen und kommt nur, damit dieser Augenblick sein kann; vor uns nach diesem Augenblick ist die Zeit zu Ende. — alles das durchdrang sich, alles das zitterte zugleich in jedem einzelnen Klang der fliegenden, sich pressenden Rede. „Er hat mich und dich belogen. Er hat mir gesagt, du verhöhnest mich und hättest meine Blume vor den Gefassen ausgeboten. Auch du weißt es ja noch, beim Springstiefeln die Blume, das kleine Glöckchen, das ich liegen ließ. Und du hast es ihm geschickt. Ich hab es gesehen. Ich wußte nicht, warum. Du hast mich getötet. Das du ja nicht wußt und weiß und so alle, du hast mich wohl gelobt. Du hat er mir beim Tanz gesagt,

du hättest deinen Spott über mich. Da gingst du in die Fremde, und er hat mir gesagt, wie du in deinen Briefen über mich geschrieben; das hat mir noch. Du glaubst nicht, wie weh mir das tat, wenn ich schon nicht gemüht hab, warum. Der Vater wollte, ich sollte ihn freien. Und wie du lachst, hab ich mich vor dir gestürzt; du hast mich immer noch gebauert und ich hab dich immer noch geliebt und wußte es nur nicht. Er selbst hat mir es erst gesagt. Da bin ich dir ausgewichen. Ich wollte nicht schäme werden und will es auch nicht. Gewiß nicht. Denn hat er mich gemüht, zu lügen. Dann hat er mir gedroht, was er dir tun wollte. Er wollte machen, daß du stürzen müßtest. Es wäre nur Scherz; aber, sagt ich es dir, dann wollte er es im Ernst tun. Seitdem hab ich keine Nacht geschlafen; die ganzen Nächte hab ich aufgeschrien im Bett und bin voll Todesangst gewesen. Ich hab dich in Gefahr gesehen und durft es dir nicht sagen und durft dich nicht retten. Und er hat die Seele geschneitten mit der Art in der Nacht, ehe du nach Brambach gingst. Der Valentin hat mir es gesagt, der Nachbar hat ihn in den Schuppen schleichen sehen. Ich hab dich tot gemeint und wollte auch sterben. Denn ich wußte schuld gewesen an deinem Tod und fürde tausendmal um dich. Und nun lebst du noch und ich kann es nicht begreifen. Und es ist alles noch, wie es war; die Bäume da, der Schuppen, der Himmel, was du bist doch nicht tot. Und ich wollte auch sterben, weil du tot wärst. Und was lebst du noch, und ich weiß nicht. Ich hab dich nicht getötet, es ist mir. Ist es denn wahr? Sag du mir es doch; ist es wahr? Der glaub ich alles, was du sagst. Ich hab dich nicht sterben, so will ich es, wenn du es mir weißt. Aber er kann kommen. Vielleicht hat er gelauscht, daß ich es dir sagte, was er will. Schick den Valentin in die Gerichte, daß sie ihn fortzuführen und er dir nichts mehr tun kann!“

So schwante, lachte und weinte das fiebernde Weib in seinen Armen fort. Alles vergessend, wie ein Kind an einem Morgen spielend, den es nicht sieht, ruft sie unbewußt eine Gefahr herab, tödlicher, als die, aber deren Vorbeigehen sie jubelt; doch, die, wogegen sie den Mann mit ihrem Leibe decken will. Sie ahnt nicht, was ihr leidenschaftlich zum die Fähigkeit ihrer unbestimmten Eingebung, was ihre Verlobungen, was ihre warmen, schwellenden Umsangen in dem Braune auftragen muß, der sie fest; daß sie alles tut, was den Mann, dessen Rechtfertigung und Geliebte sie sich so unbekümmert angehängt, Rechtfertigung und Geliebte in Zorn des Blutes vergessen machen kann. Sie hat keine Ahnung, welchen Kampf sie in ihm entzündet, und wie sie ihn den Sieg erzwingt, wenn nicht unmöglich macht.

(Fortsetzung folgt.)

Überdies ist der Schaden ebenfalls darauf, daß die Danziger Staatsanwaltschaft polnische Junge keine Ausnahmegelege...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

zu wohnen, die verdingend sind, wenn jedes Familienmitglied ein Bett und eigene Wäsche sein nennt, Achte rote Häuser, denen man die schändliche Dreifaltigkeit des Kapitulanten von...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Beratung und Vermittlung nach. Stellenangebote waren verhältnismäßig gering, es konnten nur 80 Stellen vermittelt werden. Groß war immer noch der Andrang zu den Modeberufen, Elektromonteur, Mechaniker und Schlosser. Nur wenige Stellen standen hier dem Angebot der Behörde gegenüber. Wenig Neigung zeigte sich für das Memmer- und Schmiedehandwerk. Auch das Maler-, Schneider- und Schuhmacherhandwerk waren wenig begehrt. Die neue Geschäftsstelle brachte es mit sich, daß kaufmännische Berufe wenig angeboten wurden, so daß zahlreiche Suchende nicht beschäftigt werden konnten.

Nus Pommernellen.

Die Schließung des „Geselligen“ in Graudenz

erfahren wir aus zuverlässiger Quelle folgendes: Vor ungefähr fünf Wochen wurde unter Parteigenosse G. in Nachbarschaft in Graudenz gelegentlich eines Wortwechsels von zwei politischen Soldaten auf der Straße erschossen. Das Verbrechen wurde Graudenz mitteilte im „Geselligen“ diesem Parteigenossen einen ehrenvollen Nachruf und erwähnte in diesem, daß Jachowski erschossen worden ist. Die politischen Behörden suchten schon lange einen Grund, um den „Geselligen“, der auch im benachbarten weinreifeher Gebiet erscheint und selbstverständlich nicht die besten Nachrichten aus Polen brachte, zu morden. Im dem Nachruf für den Genossen Jachowski fanden die Polen nun den Grund, um den unangenehmen „Geselligen“ ein für allemal zu unterdrücken. Der Rotationsmaschinenlauf wurde deshalb so in der Zeitung eingestellt, daß Personal wurde bei auf einen Bruchteil, der Geschäftsdrucksachen herabgesetzt, entlassen. Durch dieses Verbot hofften die politischen Behörden, die Wahrheit über die Zustände in Polen zu unterdrücken. Es gibt die „Stimmungsfreiheit“ in der „Republik“ Polen auf Arbeiter merkt auch das bei der bevorstehenden Volksabstimmung.

Nus aller Welt.

Gefährtes Wasser statt Cognac.

Ein Kaiserlich-Königliche wurde von der Göttinger Kriminalpolizei aufgedeckt. Ein Kaufmann Seifert unterhielt am Sechsstädteplatz ein großes Lager von feinstem französischem Cognac, für dessen Verkauf er von einem Münchener Baron auf den Verkaufspreis von rund einer halben Million Mark bereits eine ansehnliche Anzahl von Kaufleuten erhalten hatte. Da Seifert jedoch der Göttinger Polizei verdächtig erschien wurde eine Durchsuchung des Lagers vorgenommen und dabei festgestellt, daß die 6000 Flaschen Cognac nur gefälschtes Wasser enthielten.

Herabsetzung der Preise in England.

Der Kampf gegen die hohen Preise ist in England nun auf der ganzen Linie unterbrochen und zwar mit Unterstützung einer großen Anzahl von Kaufleuten. Eine ganze Reihe von Kaufhäusern haben in Musterzetteln in den Schaufenstern herabgesetzte Preise an; andere haben einzelne Artikel wesentlich herabgesetzt. Am Strand, wo ein Parlamentsmitglied vor einigen Wochen einen Schneiderladen errichtete, in dem man einen fertigen Anzug für 60 Mark kaufen konnte, haben jetzt zahlreiche Berufsschneider die Konkurrenz aufgenommen. Ein Schuhwarenhaus jetzt an, daß sein Einzelpreis von 88 Mark auf 25 Mark herabgesetzt ist. Auch die Preise für Tee, Honig, Konserve, frisches Fleisch, besonders Hammelfleisch sind bedeutend zurückgegangen.

Bücherwarte.

An die Jugend! Noch viel zu wenig liest unsere arbeitende Jugend ihre Zeitchrift, ja wie vielen tausenden Lehrlingen und jungen Arbeitern und besonders den jungen Mädchen ist die „Arbeiter-Jugend“ noch gar nicht bekannt geworden. Heute die „Arbeiter-Jugend“ die verbreitetste Zeitschrift und eines der größten Jugendblätter überhaupt. In mehr als 60 000 Exemplaren geht sie zweimal monatlich hinaus ins Reich. Sie wird herausgegeben von dem Verband der Arbeiterjugend-Verene Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8. der größten Organisation der Arbeiterjugend. In jeder Nummer bringt sie Artikel über die verschiedenen Gebiete des Wissens, nimmt zu allen aktuellen Jugendfragen Stellung und ist mit guten Bildern versehen. Kein Bürsche und kein Mädchen darf mehr ohne die „Arbeiter-Jugend“ sein. Deshalb abonniert die Jugendzeitung bei Eurem Postamt oder den Fernabschaltungen. Vierteljährlich bei sechs Nummern kostet die „Arbeiter-Jugend“ 8 Mark, die Einzelnummer 60 Pf. Bestellungen nimmt auch der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, entgegen. Arbeitende Jugend im Jahre 1920.

Danziger Nachrichten.

Kinder der Enne.

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Von Danzig nach Koblenz.

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Die Danziger Staatsanwaltschaft hat sich aus diesen Gründen ergibt, daß die Danziger Staatsanwaltschaft...

Ämliche Bekannmachungen.

Ubgabe von Lebensmitteln.

Am Sonnabend, den 12. Juni und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. Am Sonnabend, den 12. Juni: Auf die Reichsheilkarte, Abschnitt II: 125 Gramm frisches ausländisches Schweinefleisch und Wurst (Kinderkarten halbe Menge) zum Preise von 10.— für 1 Pfd.
Der Stadtiell Langfuhr erhält 125 Gramm frisches Rindfleisch und Wurst (Kinderkarten halbe Menge).

2. Von Sonnabend, den 12. Juni: Auf die Speisefestkarte: 250 Gramm Margarine zum Preise von 12.— M. für das Pfund auf die Marke 4.

3. Von Montag, den 14. Juni: Auf die Speisefestkarte: 125 Gramm Butter zum Preise von 10.— M. für das Pfd. auf die Marke 6. Die Butterhändler erhalten die Bezugscheine für Butter am Sonnabend, den 12. Juni in der Zeit von 8. bis 12. Uhr in der Molkereibehaltung, Töpferstraße 33.

4. Von Dienstag, den 13. Juni: Auf die Lebensmittelkarte: a) 125 Gramm Haferflocken zum Preise von 1.80 M. für das Pfund, Marke 17 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene, sowie Marke 24 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nachbargemeinden.
b) 250 Gramm Haferflocken: Kinderkarte Marke 39 A in Danzig und Marke 41 A in den Nachbargemeinden.

c) 375 Gramm geschälte Erbsen zum Preise von 2.40 M. für das Pfd. oder ungeschälte Erbsen zum Preise von 2.60 M. für das Pfd. oder weiße Speisebohnen zum Preise von 2.20 M. für das Pfd., je nach Vorrat: Marken 18 und 40 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 35 und 42 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.
d) 500 Gramm Kunsthonig zum Preise von 2.50 M. für das Pfd.: Marke 19 und 41 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 36 und 43 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

Der Kunsthonig ist in der üblichen Weise zu beziehen.
Die bei den Händlern verbliebenen Restbestände an Bienenhonig sind unverzüglich der Nahrungskartenteile, Pfefferstraße 33/35, Zimmer 4, anzugeben.

Die Einreichung der eingenommenen Marken erfolgt in der üblichen Weise.
Danzig, den 10. Juni 1920. (1581)
Der Magistrat.

Betrifft Milchausgabe.

Von Montag, den 14. Juni sind bis auf weiteres sämtliche Vollmilchkarten, die auf 1/2 Liter lauten, mit 1/2 Liter Vollmilch zu beliefern.
Die Kleinverkaufsstellen erhalten die erhöhten Milchmengen durch ihre Lieferstellen zugewiesen.
Danzig, den 11. Juni 1920. (1583)
Der Magistrat.

Eckladen

Gr. Ardenberggasse Nr. 1, mit Kellerraum sofort zu vermieten. Off. mit Preisangebot bis 14. Juni an Magistrat, III. Befeh.-Stelle Zimmer 64. (1590)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 11. Juni 1920, abends 7 Uhr

Zwangseinquartierung

Schwank in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach.
Sonnabend, den 12. Juni 1920, abends 7 Uhr
Ermöglichte Preise

Flachsman als Erzieher

„Romödie in 3 Akten von Otto Ernst.“
Sonntag, den 13. Juni 1920, abends 7 Uhr
Zum letzten Male

Zwangseinquartierung

Schwank in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach.
Montag, den 14. Juni 1920, abends 7 Uhr

Der Beschlagene

Schauspiel in 3 Aufzügen von Wilhelm Schmidtbonn
Dienstag, den 15. Juni 1920, abends 8 1/2 Uhr
Neu inszeniert!

Die versunkene Glocke

Deutsches Märchendrama in 3 Akten von Gerhart Hauptmann.
Schluß der Spielzeit 1919/20.

Stadttheater Zoppot.

Direktion: Otto Normann. (1514)

Eröffnung der Spielzeit:

Sonntag, den 13. Juni, „Die Czardasdarst.“
Operette in 3 Akten von Emmerich Kalman, mit vollständig neuer Ausstattung.

Montag, d. 14. Juni, abds. 7 1/2 Uhr, „Alt Heidelberg“.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilh. Meyer-Förster.

Dienstag, den 15. Juni, 7 1/2 Uhr, „Die Czardasdarst.“
Operette in 3 Akten von Emmerich Kalman, mit vollständig neuer Ausstattung.

Mittwoch, d. 16. Juni, abds. 7 1/2 Uhr, „Alt Heidelberg“.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilh. Meyer-Förster.

Ab Donnerstag, den 17. Juni: Gastspiele Alford Bassermann, „Die Menschenfreunde“, Drama in 3 Akten von Rich. Dehmel, „Der Raub der Sabinerinnen“, Schwank in 4 Akten von Franz u. Paul v. Schönthan, „Othello“, Trauersp. in 5 Aufz. v. William Shakespeare.

Lichtbild-Theater
Zangenmarkt Nr. 2.
intime Lichtspiele

Heute neuer Spielplan!
Die jugendliche
Eva May
in dem herrlichen Schauspiel
Eine Frauenbeichte.

Hierzu im zweiten Schlager
die temperamentvolle
Maria Widal
in der Schicksals-
Tragödie (1536)
Im Rausch der Sinne.

LB
Junkergasse 7
Ecke Brühlgasse.

Ab heute!
Erstaufführung f. Danzig!
Auf den Schienen der Pacificbahn
Größtes Indianer- und Wild-West-Drama in 5 Akten. (1562)
Verwegene Reiterstren Kampf zwischen Rothhäuten u. Farmern — der Ueberfall usw.
Aufregend, spannend von Akt zu Akt.
Telegramm überflüssig!
Reiz. Lustspiel in 2 Akten mit London Voss u. Paul Westermeier.
„Seid eigen“
Drama aus dem russ. Volksleben in 6 Akten.
Voranzeige ab Freitag!
Die Dame im Auto
Großer Detektivschlag. in 5 Akten.

Betriebs-Kapital,
Darlehen bei kl. Rückzahl. Hypotheken auf ländl. Bg. Kets zu vergeben. Rud. Pleidite, Danzig, Paradiesgasse 8-9. (1111)

Bitte mein Schaufenster zu beachten!

Odeon Domnikswall **Eden** Holzmarkt
Lichtspiele
Heute 3 1/2 Uhr das **erworrangende Programm**
hochstehende Künstler!!!
als Träger der Hauptrollen im
Nachtgestalten!
6 hochspannende Akte mit
Paul Wagner — Reinhold Schönzel
Anita Berber, Conrad Voldt, Erns Morona
und **Lotte Neumann** (1538)
in dem großen Drama
Der Weg der Grete Lessen!
Verstärktes Orchester.
Leder: Kapellmeister P. Braun.

Meine billigen Schuhtage
1535) beginnen heute, solange Vorrat reicht!

Damen - Schnür - Halb-schuhe	von 6500 an
Schwarze Damenstiefel mit u. ohne Lackkappe	von 9850 an
Knabenstiefel bis Größe 39	von 8900 an
Braune Damenstiefel mit hoh. Schaft, Lackbesatz, sehr modern	25500
Braune Herrenstiefel	22500 an
Sandalen	von 1.50 an
Turnschuhe	von 13.00 an
usw.	

Schuhwarenhaus J. Cohn
Lange Brücke 20. Gegr. 1879.

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55.
Achtung! 2 Schlager! Achtung!
„Die Juwelenmarder von San Francisco“ in 5 Akten
Aus dem Tagebuch des berühmten Detektiv Nio Carter. (1537)
„Die Sünder der Martha Marx“
Filmspiel in 5 Abteilungen von H. Fredahl.
In der Hauptrolle: Mady Christians.
Beginn der letzten Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Anfertigung sämtlicher
Drucksachen
Danziger Volksstimme
Am Spendhaus 6.

Wir empfehlen folgende
Vorwärts-Bücherei
Ich bekenne. Von Clara Müller-Jahnke 6.—
Der Gotteslästerer. Von A. Ger . . . 5.—
Erweckt. Von A. Ger . . . 5.—
Die Heiterkeit. Von O. to Ludwig . . . 5.—
In den Tod getrieben. Von Ernst Preczang 4.50
Verschobenes Volk. Von Robert Grötzsch 4.50
Prinzipienreiter. Von Wilhelm Bios . . . 4.50
Pariser Clarten. Von Minna Keutsky . . . 4.50
Das Land der Zukunft. Von Leo Kolisch 4.50
Verbrecher-geschichten . . . 5.—
Die Marktenderin. Von Erckmann-Chastrian . . . 3.—
Erzgebirgisches Volk. Von A. Ger . . . 3.—
Nuckel, das Kapital. Von E. Preczang 3.—
Der Ausweg. Von E. Preczang . . . 3.—
Mutter. Von Ferch . . . 3.—
Der Morgen graut. Von M. Andersen-Nexo 3.—
Vom Waisenhaus zur Fabrik. Von Heinrich Georg Dikreiter . . . 3.—
Als Zw. scheudecksteward nach Südamerika 3.—
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Trägerin für Langfuhr
sucht
„Danziger Volksstimme“.
Zu melden in der Expedition Am Spendhaus 6 oder Steinbeiß, Langfuhr, Mithauer Weg 12, l.

Volkswacht
Rathsfeldisches Pulver
stoffwechselförderndes
Blutreinigungspulver
seit altersher erprobt und
mit Erfolg angewandt bei
Bicht u. Rheuma, Magen-
Verdaunungsbeschwerden,
Nieren- und Blasenleiden,
Flechten- und Hautunrein-
lichkeiten, Hautjucken,
Hämorrhoiden und Leber-
leiden. Schacht. Mk. 5.—.
Fabrikant und Vertrieb
Apotheker Draesfel, Erfurt.
Zu haben in Danzig in
der Engel-Apotheke u. der
Bahnhofs-Apotheke. (6023)

Landesrat
für 10 Tage / nicht Genoss.
Ang. m. Dr. u. „Erbol.“
a. d. Volksstimme 2006

gegen Trunksucht
ein gutes, wirksames Mittel,
welches durch viele Dank-
schreiben ohne Mißbrauch
des Trunkers gegeben werden
kann, da geruch- und ge-
schmacklos. Frei von schädl.
Bestandteilen. Verlangen
Sie Prospekt. Preis per Dosis
5.— Mk., Doppel-dosis 14.—
Zurück durch das Generaldepot
Apotheker Frank, staatl.
approbiert, Seelitz 415.

Besonders preiswerte **Kinderbekleidung**

Für Mädchen

Leinenkleidchen hellblau u. rosa, kleids. Form . . .	32.50
Waschkleid dunkelgemastert, haltbarer Stoff . . .	40.00
Wollkleid in höherem Preise u. Halbgarnitur . . .	40.50
Vollekleid weiß mit Blauschwarz	59.00

Für Knaben

Knabenhose mit Leibchen und Anknöpfform . . .	18.50
Knaben-Wollhose guter, dunkelgrüner Stoff	36.00
Spielhöschen aus festem Leinwandstoff	40.00
Knaben-Wollanzug Sportform	98.50

teilweise im eigenen Atelier hergestellt.

Das Geschäft ist mittags von 1-3 Uhr geschlossen.

FREYMANN